Bundesrat

Drucksache 240/12/88

07.07.88

Antrag

der Länder Bremen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Schleswig-Holstein

zum

Entwurf eines Gesetzes zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost (Poststrukturgesetz - PostStruktG)

Punkt 4 a) der 591. Sitzung des Bundesrates am 8. Juli 1988

Der Bundesrat möge beschließen:

Für den Fall, daß der Änderungsantrag zu Art. 3 Nr. 3 in § 2 Abs. 1 Satz 1 keine Mehrheit erhält, möge der Bundesrat zu Art. 3 Nr. 3 § 2 Abs. 1 beschließen:

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, im weiteren Gesetzgebungsverfahren darauf hinzuwirken, daß das Risiko einer Beeinträchtigung des Finanzaufkommens der Deutschen Bundespost durch Verleihungen gemäß § 2 Abs. 1 FAG im Bereich der Sprachvermittlung, z.B. über Mobilfunk und Satellitenkommunikation, ausgeschlossen wird.

Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, 5300 Bonn 2
ISSN 0720-2946